



10. November 2021

Motion

von Christine Seidler (SP)
und Matthias Renggli (SP)
und ~~4~~ Mitunterzeichnenden

Der Stadtrat wird beauftragt, für komplexe und / oder grössere Projekte mit stadtweiten Fragestellungen oder starken Auswirkungen auf die Quartiere, geeignete Partizipationsprozesse und -formate im Sinne systemischer Planungsinstrumente zu institutionalisieren. Vor oder ab Phase 0 sind die nicht verhandelbaren und die noch offenen Planungsparameter bekannt zu geben und geeignete Instrumente und / oder Prozessformate für die Partizipation zur Verfügung zu stellen oder anzuwenden.

Begründung

Erfolgreiche Partizipation braucht Engagement von unten, sprich der Zivilgesellschaft, aber auch andauerndes Commitment von oben d.h. aus Politik und Verwaltung. Wie die Forschung zur Partizipation der Bevölkerung in öffentlichen Räumen zeigt, führt die gegenseitige Bezugnahme von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft nicht nur zur Lösung des Planungsproblems, sondern ebenso zu mehr Konflikten und Auseinandersetzungen¹. Partizipation heisst deshalb Raum für demokratische Aushandlungsprozesse zu schaffen. Dieser Mehraufwand in der Anfangsphase eines Projekts führt im Regelfall zu einer Beschleunigung aufgrund einer reduzierten Anzahl von Einsprachen und Rekursen.

Die Institutionalisierung von Partizipation ist ein wichtiger Bestandteil einer sozial nachhaltigen Stadtentwicklung. Will die Stadt nicht nur punktuell und projektbezogen Partizipation anbieten, sondern das Verhältnis zwischen dem Staat und der Bevölkerung langfristig partnerschaftlicher gestalten, braucht es Strukturen, Prozesse und Ressourcen, die der Bevölkerung frühzeitig, langfristig und kontinuierlich den Einfluss auf die Planungs- und Entscheidungsprozesse garantieren.

Eine Grundbedingung für die erfolgreiche Beteiligung der Bevölkerung ist deshalb eine noch ausgeprägtere Kooperationen zwischen den Fachressorts und Departementen. Dazu gehört neben der fachspezifischen Zusammenarbeit auch eine sozialraumorientierte Ausrichtung der Verwaltungsaufgaben. In diesem Zusammenhang müssen die Rollen der Beteiligten in einem Partizipationsprozess geklärt sein. Dies betrifft insbesondere die Entscheidungsbefugnisse und Kompetenzen der einzelnen Funktionen und Organisationseinheiten. Bei institutionalisierter Partizipation gibt es keine strikten Regeln und Vorgaben in Bezug der Gestaltung der Prozesse. Dies führt dazu, dass die Prozesse – aufgrund der immer neuen, anderen und unter-

¹ Drilling et al, Forschungsbericht zum ZORA-Projekt "Mitwirkung in der Gestaltung und Nutzung öffentlicher Räume" 2014

schiedlichen Fragestellungen eines Planungsprozesses – nicht eins zu eins adaptierbar sind. Institutionalisation bezieht sich darauf, dass bei anstehenden Planungen partizipative Verfahren zu einem selbstverständlichen Planungsinstrument werden und in die Planungsformate implementiert werden.

Ein Grossteil der Formate, die in der Stadt heute unter dem Begriff Partizipation durchgeführt werden – beispielsweise runder Tisch oder Quartierinformationen – sind zwar sehr wertvoll, aber eine "echte" Partizipation nach wissenschaftlichen Erkenntnissen, wie sie der Vorstoss erzielen möchte, bedingt für jede Planung zu Beginn des Prozesses eine klare Definition, was verhandelbar und was nicht verhandelbar ist. Was in der Planung der verhandelbare Gestaltungsspielraum betrifft, ist eine Ergebnisoffenheit seitens Behörden zwingend und wird in die Umsetzung der Planung nach Möglichkeit implementiert.

Christine Seiler

A. Richter

A. Richter

M. Richter

J. Richter